Freie Wähler
FWV Heidelberg

Haushaltsrede 2005/2006

Die **finanzielle Lage** im Bund, im Land und nicht zuletzt in den Kommunen war noch nie so schlecht wie heute.

Das trifft auch Heidelberg und seinen **ersten Doppelhaushalt** zu.

Die Verwaltung hat uns einen geschickt programmierten Haushalt vorgelegt, der es vermeidet, ganz wesentliche und schmerzhafte Einsparungen vorzunehmen. Auch die freiwillligen und sozialen Leistungen können im Wesentlichen erbracht werden.

Leider hat der Entwurf einen Fehler.

Er beruht auf 2 Steuererhöhungen. Beide wurden hier schon von den Kollegen behandelt.

1. Zur Gewerbesteuer.

Wir Freien Wähler haben die Absenkung des Hebesatzes 1999 um 10 auf 390 Punkte mitgetragen. Das diente dem Ziel, in damals noch verhältnismäßig guten Zeiten das örtliche Gewerbe zu stützen, zu halten und einen Anreiz zur Gewerbeansiedlung zu bieten.

Leider sind die Einnahmen durch die Gewerbesteuer jetzt erheblich gesunken. **Deswegen den wenigen verbliebenen Gewerbesteuerzahlern diese Steuer zu erhöhen**, halten wir Freien Wähler für ausgesprochen **kontraproduktiv** und für ein ganz falsches Signal für die örtliche Wirtschaft. Das hat selbst die **Rot-Grüne Regierung in Berlin** inzwischen begriffen und propagiert neuerdings **Steuerverbesserungen inklusive Gewerbesteuerabsenkungen** für die

Vorstand: Dr. Reinhild Ziegler, Matthias Brandel, Dr. Dietrich Lorenz, Klaus Bethke-Jaenicke, Hannelore Günther
Beirat: Volker Kraft, Hans-Peter Lange, Wolfgang Stöhr, Karl-Heinz Stoll
Stadträte: Hermann Gundel, Dr. Ursula Lorenz, Klaus Pflüger
FWV-Geschäftsstelle Heidelberg, Fischergasse 14-16, 69117 Heidelberg
Tel. 06221-16 30 70, Fax: 06221-65 98 30, E-Mail:email@fwv-hd.de, Internet: www.fwv-hd.de
Bankverbindung: Sparkasse Heidelberg (BLZ 672 500 20), Kontonummer 89893

Wirtschaft. **Ausgerechnet Heidelbergs Verwaltungsspitze** sieht das anders und **erhöht die Steuern**. Jeder sollte wissen, welche **erheblichen zusätzlichen Probleme der Mittelstand** durch immer neue Vorschriften, Reglementierungen und zusätzliche Unkosten hat. Nicht zuletzt sind steigende **Energiekosten** ein zusätzliches Problem. Und wer verfolgt, wie durch die **Osterweiterung** billige Arbeitskräfte auf unsere Märkte fließen, der muß erkennen, dass es in Zukunft dem Gewerbe fast nicht möglich sein wird, **einheimische Arbeitskräfte** zu halten. Soweit ich weiß, ist **unter den Fraktionen**, die hier der Gewerbesteuererhöhung zustimmen und sie gar noch zusätzliche erhöhen wollen, **kein einziger gewerblicher Arbeitgeber**. Das sind die **gleichen Gruppierungen**, die dem Einzelhandel nicht mit dem vieldiskutierten **verkaufsoffenen Sonntag** unter die Arme greifen wollten- inzwischen haben selbst die Betriebsräte der großen Kaufhäuser ihre Verkaufsbereitschaft signalisiert.

Wir Freien Wähler lehnen diese Steuererhöhung ab

Auch die Füllung der Haushaltslöcher durch Erhöhung der Grundsteuer in der vorgeschlagenen Weise tragen wir Freien Wähler n**icht** mit.

Die Bürger müssen **zahlreiche Gebührenerhöhungen** hinnehmen. In dem Punkt sind wir einverstanden mit den gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen. Das geht von der Hundesteuer über die Müllgebühren bis zum Seniorenmittagstisch, den Eintrittstarifen für den Tiergarten und zuletzt auch noch die Beerdigungsgebühren. **Wir haben –wenn auch ungern- zugestimmt**.

Aber irgendwo ist Schluß, und das zunächst **bei der Grundsteuer**.

Zugegeben steigen die Mieten nicht ins Unermessliche durch die vorgeschlagene Erhöhung. Aber es bedeutet eine zusätzliche Belastung für alle Bürger (übrigens auch für die **Gewerbebetriebe, die damit doppelt zur Kasse gebeten** werden sollen).

Wer diesen Steuererhöhungen nicht zustimmt, muß andere **Einnahmen oder weitere Haushaltskürzungen zur Deckung vorschlagen**.

Wir haben eine Liste einzelner **Kürzungsvorschläge** für diverse Ämter **im Rahmen** der **dezentralen Ressourcenverantwortung** vorgeschlagen. Das halten wir für sinnvoller, als zahlreiche Einzelprojekte von uns aus zu kürzen. Die Ämter können besser beurteilen, wo bei ihren Arbeiten noch etwas Luft ist.

Da das Kürzen allein die fehlende Summe nicht erreicht, wollen wir die **Zuführung zur HVV um 3,3 Mill € reduzieren**. Das ist auch dort schmerzlich, sollte aber im Gesamthaushalt der Unternehmen möglich sein.

Mit diesen Vorschlägen erreichen wir die Mindestzuführung mit einem Überschuß von 900 000€ für Ende 2006 ohne die Steuern für die Bürger zu erhöhen.

Unsere Bilanz:

Die letzten Verwaltungsvorlagen gehen von den **Steuererhöhungen** von insgesamt

11.600 000 € aus.

11.600 € aus den Taschen der Bürger vermindern entsprechend die Kaufkraft in der Stadt !

Es haben sich jetzt **Minderausgaben durch die Tarifabschlüsse** und

Minerausgaben bei den **relativ günstigen Zinsen** ergeben.

Dadurch wäre Ende 2006 eine Erhöhung der Mindestzuführung um 4.809.290 €

möglich

Es **fehlen ohne die Steuererhöhung 6.800 000 €**

mit unseren **Vorschläge**n können davon 3.850 000 pro Jahr erbracht werden

7.700 000 in 2 Jahren

Darin enthalten 2x 3.300 000 Minderzuführung HVV

Überschuß 900.000€

Unsere **Erhöhungsanträge ergeben insgesamt 123.000€**

Karlstorbahnhof + 19.030€,

Vorziehen Rohrbach-Markt + 100 000€,

Frauennotruf 4.2000€

Gesamtbilanz: **zusätzliche Mindestzuführung 777 000€**

Vorstand: Dr. Reinhild Ziegler, Matthias Brandel, Dr. Dietrich Lorenz, Klaus Bethke-Jaenicke, Hannelore Günther
Beirat: Volker Kraft, Hans-Peter Lange, Wolfgang Stöhr, Karl-Heinz Stoll
Stadträte: Hermann Gundel, Dr. Ursula Lorenz, Klaus Pflüger
FWV-Geschäftsstelle Heidelberg, Fischergasse 14-16, 69117 Heidelberg
Tel. 06221-16 30 70, Fax: 06221-65 98 30, E-Mail:email@fwv-hd.de, Internet: www.fwv-hd.de
Bankverbindung: Sparkasse Heidelberg (BLZ 672 500 20), Kontonummer 89893

Noch ein Wort zum **Zukunftsfond.**

Wir glauben nicht, dass ein **Extratopf den Mangel verwalten** kann.

Im Haushalt sind Mittel in der **mittelfristige Finanzplanung für die Bahnstadt**, für die **Neckarquerung,** und Mittel für die **Kleinkindversorgung** vorgesehen.

Wir haben einen **Antrag gestellt, das Konferenzzentrum mit in die Finanzplanung** einzustellen. Das halten wir für besser überschaubar, als einen Sammeltopf, aus dem jeder unterschiedliche Projekte in unterschiedlicher Priorität bedienen möchte.

Insgesamt möchten wir Freien Wähler feststellen, dass es uns in Heidelberg noch vergleichsweise ordentlich geht. Wir müssen alle Kräfte bündeln, dass unsere Stadt weiterhin attraktiv für Menschen allen Alters und besonders für Familien ist. Viele Zukunftsprognosen bestätigen uns gute Chancen . **Packen wir es an.**

Wir Freien Wähler werden keiner Steuererhöhung in der diskutierten Höhe zustimmen